



Imkerverband Rheinland-Pfalz e.V.

20.05.2020

Presseinformation zum World Bee day

Kein Leben ohne Bienen –

doch diese Tiere sind in ihrer Existenz bedroht

Um an die Bedeutung der Bienen für die Menschheit zu erinnern, haben die Vereinten Nationen den 20. Mai als Weltbienentag ausgerufen.

Bienen sorgen für unsere Nahrung und Gesundheit.

75 Prozent der globalen Nahrungsmittelpflanzen sind von der Bestäubung durch Bienen abhängig.

Alein für medizinische Zwecke verwenden wir heute über 50.000 bienenbestäubte Pflanzenarten.

Die hocheffiziente Sammelweise der Arbeiterinnen eines Bienenvolks ist beispielsweise Vorbild in Logistikprozessen, Computerprogrammen und sozialen Netzwerken.

Bienen, Wildbienen und andere Bestäuber, deren Ökosystemleistung „Bestäubung“ haben auch eine große ökonomische Bedeutung mit jährlich weltweit mit 4,4 bis 5,2 Billionen US-Dollar pro Jahr.

Doch all diese Tiere sind in Gefahr. „Was der Biene schadet, muss vom Markt“, sprach Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner noch im April 2019. Wenige Monate später genehmigte das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) eine lange Liste von toxischen Pestiziden für die Zulassung in Notfallsituationen „Wenn eine Gefahr anders nicht abzuwehren ist, kann das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit kurzfristig das Inverkehrbringen eines Pflanzenschutzmittels für eine begrenzte und kontrollierte Verwendung und für maximal 120 Tage zulassen. Rechtsgrundlage ist Artikel 53 der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009.“. Und pünktlich zum Saisonbeginn tritt der „Notfall“ ein. So wird seit Jahren immer wieder das schon lange verbotene Hormonpräparat „Fenoxicarb“ den Landwirten in die Hand gegeben. Dieser Wirkstoff taucht regelmäßig bei Rückstandsuntersuchungen in Blütenpollen auf, auch außerhalb der als „Notfall“ definierten Anwendung. Eine wirksame Aufsicht gibt es in Rheinland-Pfalz nicht.

Haben Bienen und andere Bestäuber dabei also noch eine Chance?

Das in den Medien als „Krefelder Studie“ bekannt gewordene Papier von Hallmann et al. (2018) in dem ein in deutschen Naturschutzgebieten dramatischer Biomasseverlust von flugfähigen Insekten nachgewiesen wurde, hat uns alle in Entsetzen versetzt.

Die Gründe für diesen extremen Niedergang liegen zum großen Teil in der



konventionellen industriellen Landwirtschaft.

Nicht-produktive Maßnahmen wie Brachen oder Blühstreifen, aber auch Strukturen wie Hecken, Feldgehölze, Raine und Kleingewässer sind nur noch selten zu finden. Fruchtfolgen wurden abgeschafft. Die Monotonisierung der Landschaft durch „Vermaisung“ zur Produktion von Tierfüttermittel oder Mais für Biogasanlagen bringt den Tod für Bienen, da ihre Futtertöpfe nach der Rapsblüte nicht mehr ausreichend gefüllt sind.

Doch die wichtigsten Gründe für die Reduktion von Bienen ist die Verwendung von Pestiziden (D > 140.000 t/a) und das Ausbringen von Dünger.

Hier spielt z. B. das Glyphosat, als Herbizid und Neonicotinoide, hochwirksamen Insektiziden eine große Rolle.

Glyphosat zerstört die Nahrungspflanzen von Bienen und Neonicotinoide wirken als Nervengifte auf die Bienen und deren Orientierungsvermögen. Geringste Dosen dieser Gifte führen dazu, dass die Bienen bei ihren Sammelflügen nicht mehr zum Bienenstock zurückfinden.

Ein wichtiger Aspekt bei der Diskussion zum Bienensterben sind hierbei die Zulassungsverfahren für Pestizide, die durch verschiedene Institutionen (EFSA - EU, UBA, BfR, BVL, BfN – D) sowohl in der EU als auch in D durchgeführt werden. Die Hersteller von Pestiziden müssen im Zulassungsprozess die zu erwarteten Umweltauswirkungen ihrer Produkte darlegen. Zwischen diesen Vorhersagen zur Risikoabschätzung auf repräsentative Arten aus aquatischen und terrestrischen Ökosystemen und den tatsächlich beobachteten Auswirkungen auf ökosystemare Vertreterarten wie Bienen, Kompostwurm, Wachtel, Grünalgen und Daphnia magna bestehen jedoch meist erhebliche Unterschiede. Im Diskussionspapier der nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina wurden 2018 folgende Forderungen formuliert.

- Ein ökologisches „Risk Assessment“, um so die realen Effekte von Pestiziden auf Bienen und andere Nichtzielarten so gering wie möglich zu halten.
- Eine bessere Transparenz für Bürgerinnen und Bürger bei den von der chemischen Industrie durchgeführten Zulassungsversuche.
- unabhängige Wissenschaftler sind an den Zulassungsverfahren zu beteiligen.
- Tankmischungen von Pestiziden und Spritzserien sind in die Zulassungsprüfung zu integrieren.
- Landwirte müssen an Schullungen für pestizidreduzierenden Anbaumethoden teilnehmen.
- Verbindliche ökologische Anbauberatung
- Behördliche Kontrollen zur Einhaltung der Bienenverordnung müssen verstärkt werden.



Der Imkerverband Rheinland-Pfalz fordert darüber hinaus ein landesweites Pestizid-Monitoring in Blütenpollen und ein EU-weites Pestizidkataster.

Neustadt an der Weinstraße

18. Mai 2020

Franz Botens
Imkerverband Rheinland-Pfalz e.V.
2. Vorsitzender
botens@web.de
Telefon: 0178 731 256 6

Rückfragen zur Umweltchemie und Ökotoxikologie an:
Privat Dozent Dr. rer. nat. Werner Kratz
Freie Universität Berlin, Institut für Biologie
kratzw@zedat.fu-berlin.de
Telefon 0157 846 784 14